

Anfrage

TOP: 8.12
Vorlagen-Nummer: **IV/2005/05030**
Datum: 08.06.2005
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Frau Wolff, Sabine

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.06.2005	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE -
zum Modellprojekt "Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle
(Saale)"**

In der letzten Wahlperiode wurde das Modellprojekt „Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)“ zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung gestartet. Es sollte im Jahr zwei Mal über den Stand des Projektes informiert werden. Da der Stadtrat neu gewählt wurde und dieser Beschluss seitens der Stadtverwaltung möglicherweise als hinfällig betrachtet wird, fragen wir:

1. Wie ist der Stand des Projektes?
2. Wurde durch die Einführung des Projektes ein haushaltskonsolidierender Beitrag geleistet?
 - 2.1. Wenn ja, in welcher Höhe?
 - 2.2. Wenn nein, welche Gründe liegen vor?

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez. Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Beantwortung der Anfrage:

Die Stadtverwaltung Halle (Saale) ist offen für alle DV-Anwendungen, ist aber auf Grund ihrer Finanzsituation kein „DV-Innovator“, sondern setzt auf erprobte, sichere und funktionsfähige Anwendungen. Dabei werden im Software-Bereich Produkte unter Unix, OSS oder Microsoft angewandt, um herstellerunabhängig zu bleiben und eine insgesamt kompatible DV-Landschaft in der Stadtverwaltung zu betreiben. Entscheidend sind dabei neben der Investitionssicherheit die entstehenden Kosten und der Einsatz mit einem vertretbarem Betreuungsaufwand.

Als Gründe für eine z. Z. nicht (noch) offensivere Nutzung von OSS-Produkten sind die Erfahrungen im Modellprojekt der Stadt Halle (Saale), aber auch die Erfahrungen anderer Kommunen und die Ergebnisse der Enquete-Untersuchung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik zu nennen. Diese weist u. a. darauf hin, dass „nicht genug Beispiele für erfolgreiche Migrationen bekannt sind, und die Befürchtung, dass es zu Kompatibilitätsproblemen mit anderer Software etc. kommen kann“. (C. Marquardt: OSS-Strategie der deutschen Verwaltung, in OSS-SW, hrsg. v. H. Sauerburger, HMD-Heft 238/2004, 58-61.)

Es ist einzuschätzen, dass ein einfacher Austausch von Software (Microsoft- gegen OSS-Produkt) an einem isolierten, anspruchlosen Büroarbeitsplatz ohne Fachanwendungen grundsätzlich machbar ist. Wenn jedoch eine Kommunikation mit Dritten, der Zugriff auf Fachanwendungen oder der Im- und Export von Dateien in andere Systeme erforderlich wird, zeigen sich erhebliche Probleme in der Migration (Handreichung des Arbeitskreises Informationstechnologie des StGB NRW, Mai 2005).

Auf Anregung des Stadtrates und um selbst praktische Erfahrungen zu erlangen, wurden das o. g. Modellprojekt in den Jahren 2003/2004 und Tests im Endgeräte- und im Server-Bereich durchgeführt. Dazu wurde in der letzten Legislaturperiode des Stadtrates eine Zwischeninformation gegeben. Mit Stand März 2005 gibt es eine abschließende Einschätzung der IT-Consult Halle GmbH, welche in der Anlage beigelegt ist.

Unter Bezug auf die Punkte der Zwischeninformation gibt es folgende Erkenntnisse:

Zu 1. Zentraler File-Server

Der Einsatz und Betrieb des zentralen File-Servers unter Linux ist erfolgreich. Der Betrieb ist zuverlässig.

Zu 2. Aufbau eines kompletten Netzes mit 10 Nutzern und 1 Server unter OSS / Linux für das Stadtmuseum

Entnehmen Sie bitte Informationen zum Projektverlauf und zu den Ergebnissen aus dem Abschlussbericht in der Anlage.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Ablehnung der Mitarbeiter gegenüber der Software neben den beschriebenen technischen Problemen ein ernst zu nehmendes Thema. Für die Mitarbeiter gab es keinen Wiedererkennungseffekt zu bekannten DV-Programmen. Die OSS-Lösungen waren ihnen fremd. Dazu kam, dass spezielle Anwendungen, welche über die reine Office-Lösung hinausgingen, nicht in Verbindung mit Linux liefen. Dies betrifft z. B. Grafikprogramme oder das spezielle Nachweisprogramm für Museumsbestände GOS. Dafür musste als zweites Betriebssystem jeweils Windows installiert werden. Ein Wechsel zwischen den beiden Betriebssystemen je nach Nutzung war erforderlich. Dies bedeutete, dass das eine System herunterzufahren und das Zweite neu zu starten war. Diese Lösung war der Tatsache geschuldet, dass die Standardausstattung der städtischen PC keinen Parallelbetrieb der beiden Betriebssysteme erlaubte (Größe des Arbeitsspeichers). Eine komfortablere Lösung hätte eine hochwertigere und somit teurere Ausstattung der PC vorausgesetzt.

Im Ergebnis wurden auf Drängen des Bereiches die OSS-Installationen entfernt und die bekannte Umgebung unter Windows aufgebaut.

Zu 3. Aufbau eines GIS-Auskunftssystems für die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen

Die von der IT-Consult Halle GmbH entwickelte Lösung HALGis hat sich bewährt. Diese Fachanwendung basiert auf einer OSS-Lösung und ist über eine den Mitarbeitern bekannte Windows-Oberfläche nutzbar. Es sind derzeit ca. 120 Nutzer registriert, die höherwertige Aufgaben mit diesem System erfüllen. Im Durchschnitt arbeiten täglich ca. 100 Nutzer mit dieser Lösung. „Gast-Nutzer“, welche ohne spezielle Zugangsdaten und ohne erweiterte Rechte nur recherchieren, sind hierbei nicht berücksichtigt.

Unter der Voraussetzung, dass die benannten 120 Nutzer für ihre Aufgabenerfüllung je eine ArcView-Lizenz benötigen würden, wären diese mit einem minimalem finanziellen Aufwand von mindestens ca. 340.000 € brutto zu beschaffen. Dieser Betrag kann somit als Einsparung auf Grund Einsatz dieser OSS-Lösung betrachtet werden.

Zu 4. POP 3-Mail-Server

Dieser Server unter OSS ist noch immer im Einsatz und erfüllt die an ihn gestellten Aufgaben.

Fazit:

Positive Ergebnisse wurden im Rahmen der durchgeführten Tests im Server-Bereich erzielt. Die Stadtverwaltung wird diesen Einsatz-Bereich für OSS unter kostenrelevanter Betrachtung, wo immer sinnvoll und möglich, beibehalten.

Negative Ergebnisse gab es im Endgeräte-Bereich. Hier erfolgte wieder der Umstieg auf Microsoft-Produkte. Es wird eingeschätzt, dass der Einsatz von OSS im Endgerätebereich mittel- und langfristig auf Grund der in der Stadtverwaltung Halle erforderlichen Investitionen und Schulungs- und Supportkosten zu keiner Amortisation führt.

Langfristig gesehen, ist die Frage des Einsatzes von OSS-Produkten neu zu stellen. Da sich ein technologischer Wechsel von Netz-PC zu browserorientierten Technologien (Thin-Clients) abzeichnet, werden die Anforderungen an Hard- und Software von Endgeräten sich verändern und die Technologien weiterentwickelt. Unter diesem Aspekt werden auch die Kosten im Endgerätebereich möglicherweise einer erheblichen Verringerung unterliegen. Dafür ist zu erwarten, dass im Server-Bereich ein Kostenaufwuchs entsteht. In diesem Zusammenhang wird der erweiterte Einsatz von OSS-Produkten neu zu überdenken sein. Die Stadtverwaltung wird diese Entwicklung aufmerksam beobachten und begleiten, um daraus möglichst haushaltskonsolidierende Effekte zu erreichen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Abschlussbericht vom 15. März 2005

Projekt "Test der Einsatzmöglichkeiten von Linux und Open-Source-Software in der Stadtverwaltung Halle"

1. Zielstellung

- Test der Einsatzmöglichkeiten von Linux und Open-Source-Software in der Stadtverwaltung Halle im Auftrag des Stadtrates
- In Absprache zwischen IT-Consult GmbH, Stabstelle DVK und Stadtmuseum wurde vereinbart, dass im Stadtmuseum Halle eine Testumgebung für Linux-Server und Linux-Desktop-PCs inkl. Netzwerk und gemeinsame DFÜ-Verbindung errichtet und für den Testzeitraum betrieben wird. Als Büro-Software soll OpenOffice benutzt werden.
- Ziel ist die Prüfung der Alltagstauglichkeit der o. g. Komponenten im Einsatz innerhalb der Verwaltung

2. Ausgangssituation

- BNC Netz mit überwiegend alten Rechnern im Stadtmuseum Halle
- Geplanter Umzug des Stadtmuseums Halle an neuen Standort Märkerstraße (dort Ethernet vorhanden)
- Geplante Ausrüstung des Stadtmuseums Halle mit teilweise neuen PCs

3. Durchführung

- Planungsabsprache mit Stabstelle DVK und dem damaligen Chef des Stadtmuseums Halle, Herrn Werner, welcher das Projekt persönlich sehr unterstützte
- Aufnahme der PCs für die Umstellung
- Serverinstallation
- Desktop-PC-Installationen
- Aufbau des Funknetzes im Stadtmuseum Halle, da die alte BNC-Verkabelung nicht den notwendigen Anforderungen entsprach und eine Neuverkabelung zu teuer war; außerdem steht der Umzug des Stadtmuseums in die Märkerstraße bevor und nicht zuletzt wollten wir das Projekt nutzen, um WLAN (Funkverbindung) unter Linux zu testen
- Inbetriebnahme der PCs
- Übernahme Altdaten
- Einrichten der Nutzer, Einweisung der Nutzer
- Schulung der Nutzer (Office, Mail, Intranet, Internet) durch Herrn Werner und zum Teil Herrn Kessler (IT-Consult Halle GmbH)
- Folgende Versionen wurden getestet:
Suse Linux 8.2 für Server und Desktop-PC und Suse 9.0 auf Desktop-PC, OpenOffice 1.0, 1.1

4. Ergebnisse

a.) Positiv

Server:

- internes Mailsystem mit Anbindung an das Mailsystem der Stadt Halle
- Linux-Server als RAS-Einwahlserver (alle Benutzer des Netzwerkes nutzen diese eine Verbindung und können somit alle Dienste des Stadtnetzes, wie auch Mail und Internet nutzen)
- Integrierte Firewall
- Linux-Server als Webserver und Fileserver
- Kosten: Erwerb **einer** Distribution für die Installation von Linux auf allen Rechner inkl.

aller Software ist ausreichend (Kosten ca. 80 €)

b.) Negativ

Desktop PCs

- Kosten: recht hohe Hardwarevoraussetzungen für die PCs
 - RAM, Grafikkarte - bei Verwendung einer graphischen Oberfläche im Desktopbereich (insbesondere bei KDE)
 - Festplatte - bei paralleler Installation von Windows und Linux (zusätzlicher Einbau einer Festplatte in Abhängigkeit vom Alter des PC)
- Schulungskosten, da Linux von den Benutzern im privaten Umfeld kaum genutzt wird; das vorhandene Wissen der Benutzer ist beim Einsatz von Windows hingegen ungleich höher einzustufen, da Windows auch im privaten Umfeld der Benutzer verwendet wird
- Vorhandene Software kann nicht ohne Aufbereitungsprogramm (Emulator) unter Linux genutzt werden (wir mussten deshalb teilweise Windows als zweites Betriebssystem beibehalten; z.B. ist das im Stadtmuseum verwendete Inventarisierungsprogramm GOS nicht unter Linux lauffähig)
- Der Einsatz von Virtual PCs (z. B. VMWare) ist aufgrund der zum Teil schlechten Hardwareausstattungen nicht immer möglich und im Falle VMWare auch teuer
- Die OSS Open Office ist nicht 100%-kompatibel mit den in der Verwaltung eingesetzten MS-Office-Versionen.
- Linux wird von den Benutzern als sehr gewöhnungsbedürftig, umständlich und unübersichtlich angesehen, fehlende Motivation beim Umstieg auf Linux; wie bereits erwähnt würden auch teilweise hohe Vorkenntnisse aus dem Windowsbereich seitens der Benutzer brach liegen

5. Serverbereich

- Der Einsatz von Linux als Serverbetriebssystem ist positiv zu bewerten. Sowohl bzgl. der Stabilität der Serversoftware als auch der Kosten dieser haben wir abermals sehr positive Erfahrungen gemacht. Wir nutzen auch in anderen Bereichen Linux als Serverbetriebssystem (HALgis, e-Koleika, Susepool, Mail-Server)
- Entsprechend der letzten Berichterstattung ‚Aufbau eines GIS-Auskunftssystems‘ sind die Erfahrungen weiter positiv. In diesem Bereich ist es uns gelungen, durch OSS-Anwendungen einen Betrag von ca. 170.000 € einzusparen.

6. Fazit

- Linux und OpenSource-Software auf Desktop-PCs in der Verwaltung bewerten wir **derzeit** als kritisch. Kosten, die beim Erwerb der Software gespart werden können, entstehen durch teure Anpassungsarbeiten, um vorhandene Software lauffähig zu machen und durch erhöhten Schulungsaufwand, der notwendig wird, da die Benutzer in der Regel keine Vorkenntnisse im Bereich Linux besitzen. Außerdem bleibt vorhandenes Know-how im Bereich Windows ungenutzt. Kompatibilitäts-Probleme innerhalb der Verwaltung und auch nach außen sind z. T. zeitraubend und durch „normale“ Anwender nicht immer zu bewältigen.
- Weiterhin sind die Hardwarevoraussetzungen im Bereich Desktop-PCs, insbesondere bei der parallelen Installation von Linux und Windows, recht hoch.

Beantwortung der ergänzenden mündlichen Anfrage der Stadträtin Wolff zur schriftlichen Stadtratsanfrage IV / 2005 / 05030 vom 08.06.2005

(dass in der schriftlichen Beantwortung keine Aussagen zur Haushaltskonsolidierungseffekten gegeben worden seien)

Die von Frau Stadträtin Wolff getroffene Aussage ist für die Stadtverwaltung nicht nachvollziehbar.

Das konkret benannte Projekt (Teststellung von 10 PC und einem Server unter Nutzung von OSS / Linux im Stadtmuseum Halle) wird in der vorliegenden Beantwortung unter Punkt 2 und als Anlage im Projektabschlussbericht dargestellt.

Da dieses Projekt, wie bereits in der Beantwortung dargestellt als nicht erfolgreich eingeschätzt wurde und es in der Folge zu erheblichen Mehraufwendungen für den DV-technischen Dienstleister kam, konnte auch kein weiterer Haushaltskonsolidierungsbeitrag benannt werden.

Im Gegenteil: Zusätzlich wurden durch die IT-Consult Halle GmbH circa 55 Stunden für dieses Projekt aufgewendet. Die Summe entspricht einem Betrag von ca. 3.500 Euro, die im Haushalt nicht eingeplant waren und somit keine Einsparung, sondern eine Bedarfserhöhung darstellten. Erfreulicherweise konnte jedoch gemeinsam mit der ITC erreicht werden, dass diese Summe der Stadtverwaltung nicht in Rechnung gestellt wurde.

Darüber hinaus wurde in der schriftlichen Antwort im Punkt 1 - „Zentraler File-Server“, Punkt 3 „GIS-Auskunftssystem“ und Punkt 4 POP-3-Mail-Server die Verwendung von OSS / Linux dargestellt.

Die im Punkt 3 dargestellten Kosten für ein analoges, nicht OSS-Produkt werden hier bereits mit 340.000 Euro benannt. Dies sind aber (wie auch die Punkte 1 und 4) keine tatsächlichen, kostenwirksamen Einsparungen, da die für die Verwaltung technisch kostengünstigsten Lösungsansätze in die Haushaltsplanung einfließen und nicht die Beträge anderer fiktiver Lösungen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

IT-Branche: 120 000 Jobs sind möglich

Frankfurt/Main (rtr) In der Informations- und Telekommunikationsbranche (IT) in Deutschland besteht nach Einschätzung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) bis 2015 ein enormes Potenzial an zusätzlichen Stellen. Die IT-Branche kann in den kommenden zehn Jahren 120 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wenn sie als Innovationsmotor politisch flankiert wird, sagte der Bitkom-Präsident Will Barthold. Weitere 250 000 Arbeitsplätze mit IT-Bezug könnten in angrenzenden Branchen entstehen.

In der geplanten Bundestagswahl im September sieht Bitkom eine große Chance. „Das ist die größte Chance, dass eine gewisse Aufbruchstimmung in das Land kommt“, sagte Barthold. Deutschland braucht nach Einschätzung des Verbandes eine strategisch angelegte, ressortübergreifende Innovations- und IT-Politik und einen Verantwortlichen dafür im Kanzleramt. Ziel müsse sein, den Anteil der IT-Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von sechs Prozent auf mehr als acht Prozent zu steigern und Deutschland wieder zu einem Netzeuropas von IT-Produkten zu machen, heißt es in einem gestern vorgestellten Strategiepapier des Verbandes.

Um an internationale Standards anzuschließen, fordert der Verband eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung um jährlich fünf Prozent. Zur Wachstumsfinanzierung schlägt er einen Technologiefonds mit einem Volumen von zunächst einer Milliarde Euro vor, der in international orientierte, innovationsstarke mittelständische Firmen investieren soll.

Die IT-Branche gehört mit rund 750 000 Beschäftigten, einem Umsatz von 135 Milliarden Euro und einem Exportvolumen von mehr als 50 Milliarden Euro zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Deutschland.

Rohstoffpreise machen Still zu schaffen

Hamburg (dpa). Höhere Rohstoffpreise haben auch dem Gabelstaplerhersteller Still zugesetzt. Sie hätten 2004 zu Fertigerbelastungen geführt, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Still GmbH, Rolf Karg. Gestern in Hamburg: Die deutschen Standorte schreiben 2004 vor Steuern und Zinsen (Ebita) einen Verlust von 4,3 Millionen Euro. Eine deutliche Verbesserung wird erst 2006 erwartet.

Linux verspricht Unabhängigkeit

Münchener Umstellungsprojekt ist nach zwei Jahren immer noch nicht gestartet



Leipzig. Die Medien überschlugen sich mit bedeutungsvollen Worten. „Eine Entscheidung mit Symbolcharakter“ schrieb die FAZ am 28. Mai 2003. Bei dem Geschäftsgang (...) um die Signalwirkung, meinte die Welt. „Mühsam“ kam künftig Schweregezeiten bekommen, stand in der Süddeutschen Zeitung zu lesen. Der Anlass: Die Stadt München hatte beschlossen, die Rechner ihrer Verwaltung vom Betriebssystem Windows auf Linux umzustellen – insgesamt 14 000 Computer.

Zwei Jahre liegt das zurück. Es ist still geworden um das große Projekt namens Linux. Was ist da los?

Die Vorbereitung auf die Umstellung von Windows zu Linux nach wie vor auf Hochtouren. „Es ist ein ungeheures Maß an Planung“, sagt Florian Schiebl vom Projektteam Linux, „das hatten wir unterschätzt“. In der zweiten Jahreshälfte soll es nun losgehen, „zuerst die unproblematischen Bereiche“, sagt Schiebl. Insgesamt, schätzt er, dauere es bis zu fünf Jahre.

München strebt die maximale mögliche Entkopplung von Microsoft an. Denn die Entscheidung für Linux und gegen Windows ist politischer Natur. Ausgangspunkt der gesamten Debatte war, dass in der bayerischen Metropole sowohl die Lizenzen für die Windowsversion NT 4.0 ausfallen als auch neue Rechner anzuschaffen gewesen wären. Denn – so funktioniert die Geldmaschinentechnik von Microsoft – neue Software läuft nur mit neuer Hardware. Wenn es dann an alternativen Betriebssystemen mangelte, kann der Konzern die Preise diktiert. Mehr Wettbewerb und größere Unabhängigkeit sind dann auch die vorrangigen Ziele der Münchner. Wäre die Stadt bei Windows geblieben, hätte sie gar geringfügig billiger.

Stattdessen plant München 35 Millionen Euro für die Umstellung. Ein knapp zwei Fünftel der Summe werden allein die Schulungen für die Mitarbeiter, 5,25 Millionen sind für Programmierarbeiten vorgesehen. „Das ist Wahnsinn“, sagt Bernhard Kuban, Abteilungsleiter im Amt für Organisation und Informationsverarbeitung der Stadtverwaltung. Das Geld für eine solche Planung habe die Stadt nicht. „Ich höre

folgen? „Das ist Wahnsinn“, sagt Bernhard Kuban, Abteilungsleiter im Amt für Organisation und Informationsverarbeitung der Stadtverwaltung. Das Geld für eine solche Planung habe die Stadt nicht. „Ich höre

den Punkt, der alle wirtschaftlichen Vorteile in den Schatten stellt.“ Es hatten sich zu viele Erwartungen erfüllt, die an Linux geknüpft wurden, sagt Carlo Veiten. Der Berater bei der IT-Marktforschungsfirma TechConsult hat verschiedene Befragungen unter deutschen Unternehmen zum Einsatz von Linux durchgeführt. Stillsender Stille, Linux auf dem Desktop – die ewige Nachricht. Denn genutzt werde Linux fast ausschließlich im Serverbereich, hat Veiten festgestellt. Im kommenden Jahr, schätzt er, nutzen immerhin 29 Prozent der Unternehmen Linux auf mindestens einem ihrer Server. Flächendeckend zum Einsatz kommt das Betriebssystem nur bei 3,4 Prozent. Die Mehrheit der Unternehmen wolle auch nicht umstellen, so Veiten. Zu hohe Kosten und zu geringe Kenntnisse lauten die Begründungen. Die IT-Verantwortlichen müssten sich für alternative Betriebssysteme stark machen, soll der vor zwei Jahren angesehene Prozess neuen Schwung erhalten.

Vielleicht kommt ein neuer Impuls aus einer anderen Millionenstadt: Die Stadtverwaltung von Wien bietet ihren Mitarbeitern an, ihre Rechner umzustellen. 16 000 Computerarbeitsplätze gibt es in der Metropole: die Nutzer von 4800 Rechnern haben seit Juni die facto eine Testphase. München ist zum Erfolg verurteilt. Läuft es bei uns nicht, können wir umkehren – so Erwin Gilleit, Leiter der Magistratsabteilung IT. Einen zweiten Vorteil des Wiener Konzepts sieht er darin, dass die Mitarbeiter Nein sagen können. „Wer sich mit Linux beschäftigen will, lernt den Umgang schneller“, sagt der Österreicher. Daher ist er sicher: „Unser Weg ist billiger.“ Und sendet vielleicht die positiven Signale, auf die Brandt wartet.

Internationaler Wachstumsmarkt waren 2004 für die Gruppe Asia, Südamerika und Osteuropa. Allein in China baute der TÜV Rheinland sein Geschäft um 26 Prozent aus. Im Handel stieg der Umsatz trotz Wirtschaftskrisen um 2,8 Prozent.

Der Auslandsanteil macht von zuletzt 33 Prozent in wenigen Jahren auf 50 Prozent stiegen, kündigte Vorstandschef Bruno Braun an. Inzwischen sei der TÜV Rheinland in 53 Ländern an mehr als 300 Standorten vertreten. Die Zahl der Mitarbeiter, die 2004 um 540 auf 8700 stieg, sollte mittelfristig auf 10 000 anwachsen.

Düsseldorf (ddp). Die TÜV Rheinland-Gruppe fährt vor allem durch zügiges Auslandswachstum weiter auf Erfolgskurs. Sie erwirtschaftete im Vorjahr das beste Ergebnis ihrer Firmengeschichte, wie das zu den weltweit führenden Sicherheitsdienstleistungen gehörende Unternehmen gestern in Düsseldorf bilanzierte. So lag der Umsatz 2004 gegenüber 2003 um vier Prozent auf 728 Millionen Euro zu. Das Vorjahresergebnis verdoppelte sich auf 31 Millionen Euro.

Internationaler Wachstumsmarkt waren 2004 für die Gruppe Asia, Südamerika und Osteuropa. Allein in China baute der TÜV Rheinland sein Geschäft um 26 Prozent aus. Im Handel stieg der Umsatz trotz Wirtschaftskrisen um 2,8 Prozent.

Der Auslandsanteil macht von zuletzt 33 Prozent in wenigen Jahren auf 50 Prozent stiegen, kündigte Vorstandschef Bruno Braun an. Inzwischen sei der TÜV Rheinland in 53 Ländern an mehr als 300 Standorten vertreten. Die Zahl der Mitarbeiter, die 2004 um 540 auf 8700 stieg, sollte mittelfristig auf 10 000 anwachsen.

Düsseldorf (ddp). Die TÜV Rheinland-Gruppe fährt vor allem durch zügiges Auslandswachstum weiter auf Erfolgskurs. Sie erwirtschaftete im Vorjahr das beste Ergebnis ihrer Firmengeschichte, wie das zu den weltweit führenden Sicherheitsdienstleistungen gehörende Unternehmen gestern in Düsseldorf bilanzierte. So lag der Umsatz 2004 gegenüber 2003 um vier Prozent auf 728 Millionen Euro zu. Das Vorjahresergebnis verdoppelte sich auf 31 Millionen Euro.

Internationaler Wachstumsmarkt waren 2004 für die Gruppe Asia, Südamerika und Osteuropa. Allein in China baute der TÜV Rheinland sein Geschäft um 26 Prozent aus. Im Handel stieg der Umsatz trotz Wirtschaftskrisen um 2,8 Prozent.

Der Auslandsanteil macht von zuletzt 33 Prozent in wenigen Jahren auf 50 Prozent stiegen, kündigte Vorstandschef Bruno Braun an. Inzwischen sei der TÜV Rheinland in 53 Ländern an mehr als 300 Standorten vertreten. Die Zahl der Mitarbeiter, die 2004 um 540 auf 8700 stieg, sollte mittelfristig auf 10 000 anwachsen.

